

EU-Nachrichten

KURZ & KNAPP

EU-Kartellverfahren

Gazprom bietet Lösungen an

3

IM FOKUS

Strategie für Syrien

EU bietet sich als Vermittler an

5

Solidaritätskorps

Auswahl der Teilnehmer beginnt

6

BERICHT DER KOMMISSIONSVERTRETUNG

Intensiver Austausch mit den Menschen in Deutschland

Über 100 Besuche haben EU-Kommissarinnen und Kommissare 2016 in Deutschland gemacht. Das geht aus dem Jahresbericht der Vertretung der Kommission in Deutschland hervor. Diese hat die Besuche begleitet und sich auch sonst intensiv mit politischen Institutionen und Zivilgesellschaft ausgetauscht. „Durch unsere Arbeit sind wir Katalysator bei wichtigen europapolitischen Entscheidungen“, so Richard Kühnel, Leiter der Vertretung. Ein Höhepunkt 2016 war die Eröffnung der multimedialen Dauerausstellung ERLEBNIS EUROPA in Berlin im Mai, die den Besuchern eine virtuelle Reise durch die EU und ihre Institutionen ermöglicht.

Der Bericht enthält auch ein Interview mit Haushaltskommissar Günther Oettinger, der einen Ausblick auf 2017 gibt. Auch die EU-Kommission in Brüssel hat ihren Tätigkeitsbericht veröffentlicht.

Die EU im Jahr 2016



AUF DIE EIGENEN STÄRKEN BESINNEN

60 gute Gründe für die EU

Die Europäische Union erlebt turbulente Zeiten. Es gibt viel Kritik daran, wie sie mit einigen großen Herausforderungen umgeht, zum Beispiel Arbeitslosigkeit, Zuwanderung, Gewährleistung von Sicherheit. Dabei wird die EU von vielen Menschen außerhalb Europas als einer der attraktivsten Orte weltweit angesehen und bewundert, als Hort von Stabilität und Frieden, der nun schon über 70 Jahre dauert.

> Darauf hat EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zu Recht hingewiesen, als er Anfang März im Europäischen Parlament die Diskussion über die Zukunft der EU eröffnete. Man muss die Sorgen der Menschen ernst nehmen und darf sie nicht schönreden, andererseits ist es aber auch falsch, die EU ständig schlechtzureden. Es ist Europa gelungen, aus der „Asche des Krieges aufzuerstehen“, wie Juncker sagte, und den Kontinent mit der Macht des Rechts und nicht durch den Gebrauch von Waffen zu einen. Das ist eine enorme Errun-

genenschaft, die vielleicht nicht mehr hinreichend gewürdigt wird, weil man sie als selbstverständlich und als gegeben annimmt. Das ist sie aber nicht und es gibt immer noch jeden Grund, stolz darauf zu sein!

Im Vorfeld des 60. Jahrestags der Römischen Verträge am 25. März hat die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland 60 gute Gründe zusammengestellt, die für die EU sprechen. Sicher keine vollständige Liste, aber da ist eine Menge dabei, auf das wir stolz sein können. >>



- > Sie macht das Leben preiswerter (durch den Binnenmarkt, beim Telefonieren, Fliegen oder bei Bankgeschäften).
- > Sie setzt sich für gesunde Nahrung und eine saubere Umwelt ein.
- > Sie erleichtert das Reisen und Arbeiten in Europa.
- > Sie engagiert sich in der Welt (etwa bei der Hilfe für Syrien, für ihre Nachbarstaaten oder bei der Hilfe für Flüchtlinge).

Schließlich rechnet sich die EU auch für Deutschland. Als größte Volkswirtschaft der EU ist das Land natürlich ein großer Nettozahler, der damit ärmere Mitgliedstaaten unterstützt, aber pro Kopf betrachtet nur der viertgrößte hinter Schweden, den Niederlanden und Großbritannien. Außerdem ergeben sich jenseits der Beitragszahlungen wirtschaftliche Vorteile durch politische Stabilität, Sicherheit, Reisefreiheit, Binnenmarkt und gemeinsame Währung, was alles durch die EU geschaffen wird. Keine andere EU-Volkswirtschaft profitiert aufgrund ihrer Export-Orientierung so sehr vom Binnenmarkt wie die deutsche. Viele Deutsche sehen die Vorteile der EU übrigens durchaus. Laut der jüngsten Eurobarometer-Umfrage haben 37 Prozent ein gutes Bild von der Europäischen Union. Das ist gegenüber der vorhergehenden Umfrage ein Anstieg um 8 Prozentpunkte.

Die Deutschen erwarten auch einiges von der Union. 85 Prozent sind für eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik und 82 Prozent für eine europäische Außenpolitik. Auch die Steuerung von Migration hält die Mehrheit der Deutschen für eine europäische Aufgabe. Die Menschen wünschen sich mehr Europa in den großen Politikbereichen. Für mich heißt das: Europa ist nicht im politischen Abwind, Europa ist wieder im Kommen!

Richard Kühnel



>> Etwa auf die Art und Weise, wie wir Europäer in einem lebendigen, demokratischen Prozess zu gemeinsamem Handeln und Kompromissen finden. Kein anderer Kontinent hat solche Formen der Zusammenarbeit entwickelt. Gemeinsam sind wir der größte Wirtschaftsraum der Welt, nur gemeinsam schaffen wir es, uns in einer globalisierten Welt zu behaupten.

Wir sind der größte Geber von humanitärer Hilfe, investieren in eine nachhaltige Zukunft, in das Vermeiden von Konflikten, sind die weltweit treibende Kraft beim Klimaschutz. „Die Welt von heute braucht eine Macht, die Frieden und Konfliktprävention in ihrer DNA hat“ – so hat es die EU-Außenbeauftragte und Kommissionsvizepräsidentin Federica Mogherini ausgedrückt.

Die EU ermöglicht ihren Bürgerinnen und Bürgern politische Mitsprache und gründet auf starken demokratischen Strukturen, auch wenn oft vorgebracht wird, die EU habe ein Demokratiedefizit. Festgemacht meist daran, dass die EU-Kommission als Exekutive nicht direkt vom Volk gewählt wird. Das werden Minister in Deutschland aber auch nicht. Die Kommission schlägt außerdem EU-Gesetze zwar vor – beraten und verabschiedet werden sie aber vom Europaparlament und den Regierungen im Ministerrat. Kein EU-Gesetz entsteht ohne die Beteiligung gewählter Politiker, etwa aus Deutschland. Darüber hinaus können die EU-Bürger auch direkt Einfluss auf die europäische Politik nehmen, unter anderem bei Konsultationen oder über europäische Bürgerinitiativen.

Viele Menschen fürchten sich vor gesellschaftlichen Veränderungen, der Globalisierung, der Digitalisierung, der Automatisierung und suchen nach Halt. Manche Sorgen sind vielleicht übertrieben, manche berechtigt, aber sie sind jedenfalls vorhanden. Die EU muss Lösungen und Hilfe anbieten, aber genau das tut sie auch. Von vielen als Treiber eines schädlichen Wandels gesehen, ist sie vielmehr Gestalter des Wandels. Die EU ist das beste Instrument in unseren Händen, um den gewaltigen Herausforderungen vor uns zu begegnen.

So stärkt die EU etwa die Wirtschaft und sorgt für Wohlstand. Regeln der sozialen Marktwirtschaft verhindern Wild-West-Methoden im Geschäftsleben, EU-Abkommen sorgen für fairen Handel mit anderen Teilen der Welt, der Euro bietet Unternehmen viele Vorteile, Investitionen werden angekurbelt und schwächere Regionen, etwa im Osten Deutschlands, unterstützt. Die EU wacht auch darüber, dass der Wettbewerb fair bleibt und überwacht international operierende Konzerne und Banken.

Auch Verbraucherschutz lässt sich mit der EU besser durchsetzen als national: Ob es um die Rechte von Reisenden geht, um sicheren Einkauf im Internet, um Ansprüche bei mangelhaften Produkten und Dienstleistungen oder um den Schutz der Ersparnisse. Zu den weiteren Vorteilen der EU gehören:



Richard Kühnel

ist seit Juni 2014 Vertreter der EU-Kommission in Deutschland. Er verantwortet die Arbeit der Vertretung an ihren drei Standorten Berlin, Bonn und München. Die nationale Vertretung ist das Bindeglied zwischen der EU-Kommission in Brüssel und Politikern, Verbänden, Sozialpartnern, Medien und vor allem Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland.

EU-KARTELLVERFAHREN GEGEN GAZPROM

Zusagen aus Moskau könnten Lösung bringen

Im Kartellverfahren der EU-Kommission gegen Gazprom will der russische Staatskonzern die Bedenken ausräumen, er missbrauche seine Marktmacht in acht Ländern Mittel- und Osteuropas. Die von Gazprom jetzt angebotenen Zusagen stellen nach den Worten von Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager eine „zukunftsorientierte Lösung“ dar, die zu einer besseren Integration der Gasmärkte in der Region führen und den grenzüberschreitenden Gashandel zu wettbewerbsbestimmten Preisen erleichtern werde. „Dies ist für Millionen Europäer von Belang, die zu Hause und in ihren Betrieben auf Gas angewiesen sind“, sagte sie. Bevor die Kommission die Verpflichtungszusagen des Konzerns offiziell akzeptiert, können sich aber zunächst Marktteilnehmer und Regierungen sieben Wochen lang dazu äußern.

Vestager zufolge hat Gazprom nun versprochen, alle vertraglichen Beschränkungen wie Ausfuhrverbote aufzuheben, die Kunden daran hin-

dern, das in Russland eingekaufte Erdgas weiterzuverkaufen, oder die dazu führen, dass der Weiterverkauf wirtschaftlich uninteressant ist, weil etwa ein Teil des Gewinns an Gazprom abgeführt werden muss. Der Konzern habe zudem zugesagt, solche Bestimmungen in der Zukunft nicht wieder einzuführen. Zudem hat sich Gazprom laut Kommission verpflichtet, nicht länger „systematisch überhöhte“ Preise in Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen und Polen zu erheben. Drittens verpflichtet sich Gazprom dazu, seine marktbeherrschende Stellung nicht auszunutzen, um sich Vorteile zum Zugang zu Pipelines oder Gasspeichern zu verschaffen.

■ Verpflichtungszusagen von Gazprom



© Goran Bogicevic / Shutterstock.com

JAHRESBERICHT DER EU-KOMMISSION

Gefährliche Produkte immer häufiger online verkauft

Spielzeuge mit scharfen Kanten, Textilien mit schädlichen Chemikalien, unsichere Elektrogeräte oder andere gefährliche Produkte werden in der EU immer häufiger über Online-Plattformen verkauft. Das geht aus dem Jahresbericht der EU-Kommission über die Meldungen hervor, die über das EU-Warnsystem Rapex ausgetauscht wurden. „Deswegen begrüße ich, dass wir uns mit Amazon, Ebay und Alibaba geeinigt haben, gemeinsam auf eine Entfernung von über das Schnellwarnsystem gemeldeten Produkten von ihren Webseiten hinzuwirken, und rufe andere Anbieter auf, diesem Beispiel zu folgen“, sagte die für Verbraucherschutz zuständige EU-Kommissarin Věra Jourová.

2016 wurden über Rapex von den zuständigen nationalen Behörden mehr als 2.044 Warnungen vor gefährlichen Produkten übermittelt. Die EU-Länder greifen zunehmend auf das Schnellwarnsystem zurück, um dafür zu sorgen, dass gefährliche Produkte auch in anderen europäischen Ländern rasch vom Markt genommen werden. Die meisten Warnungen betrafen wie in den Vorjahren Spielzeug (26 Prozent). Mehrheitlich stammen die gefährlichen Produkte von außerhalb der EU, vor allem aus China. Wobei der Anteil chinesischer Produkte von 62 auf 53 Prozent sank, was Jourová als Erfolg des jahrelangen Dialogs mit Peking wertet.

■ Verbraucherschutz in der EU

EUGH-URTEIL ZU ASYLVERFAHREN

EU-Staaten müssen keine humanitären Visa ausstellen

Die EU-Staaten sind durch Unionsrecht nicht verpflichtet, an Leib und Leben bedrohten Menschen Visa auszustellen, mit denen diese in einen Mitgliedstaat reisen können, um dort Asyl zu beantragen. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden. EU-Recht lege nur Verfahren und Voraussetzungen zur Ausstellung von Durchreise- und Touristenvisa für Aufenthalte von bis zu 90 Tagen fest, entschieden die Richter. Bei einer Einreise für einen Asylantrag gehe es aber um einen längeren Aufenthalt. Ob die Mitgliedstaaten solche humanitären Visa erteilten, müssten sie alleine auf Grundlage ihres nationalen Rechts entscheiden, so der EuGH.

Dem Urteil liegt ein Fall aus Belgien zugrunde. Die dortigen Behörden hatten im Oktober Visaanträge eines christlich-orthodoxen syrischen Ehepaars und ihrer drei kleinen Kinder abgelehnt. Diese wollten damit aus Aleppo nach Belgien kommen und dort Asyl beantragen. Der Mann gab an, er sei bereits einmal entführt und gefoltert, dann gegen Lösegeld freigelassen worden. Das belgische Ausländeramt argumentierte, EU-Staaten seien nicht verpflichtet, alle Personen in katastrophaler Lage aufzunehmen. Derzeit beraten Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament über eine Revision der Verordnung zum EU-Visakodex. (C-638/16 PPU).

■ EuGH-Urteil

EU-PREIS FÜR UNTERNEHMERINNEN

Auszeichnung für Claudia Gärtner aus Jena

Der mit 30.000 Euro dotierte dritte Preis im Wettbewerb um den EU-Preis für innovative Unternehmerinnen 2017 geht an Claudia Gärtner aus Jena. Sie hat die Firma microfluidic Chip-Shop gegründet, deren Ziel es ist, das biologische und chemische Labor zu miniaturisieren und in die Laborroutine zu übertragen. Der erste Preis ging an die britisch-kroatische Unternehmerin Michela Magas, der zweite Preis an Petra Wadström aus Schweden. Der EU-Preis für Innovationsleistungen von Frauen soll Rollenvorbilder schaffen und die Öffentlichkeit dafür sensibilisieren, dass mehr Innovationen und mehr Unternehmerinnen gebraucht werden. Bei der Gründung von innovativen Unternehmen sind Frauen unterrepräsentiert – nur 31 Prozent der Unternehmer in der EU sind Frauen.

EU-Forschungskommissar Carlos Moedas nannte die Gewinnerinnen „wirklich inspirierend“. Europa brauche mehr Frauen wie sie „mit großartigen Ideen und dem Mut, Risiken einzugehen, und der Entschlossenheit, Erfolg zu haben“. Die Gewinnerinnen wurden im Anschluss an eine offene Aufforderung zur Einreichung von Bewerbungen von einer hochrangig besetzten Jury unabhängiger Experten aus den Bereichen Wirtschaft, Wagniskapital, Unternehmertum und Wissenschaft ausgewählt.

■ Innovative Unternehmerinnen 2017

EU-Staaten wollen an einem Strang ziehen



Die EU-Außenbeauftragte Mogherini besucht eine von der Europäischen Verteidigungsagentur organisierte Übung.

> „Es geht um den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger“, so Mogherini. „Die Europäische Union verfügt über einzigartige Instrumente, die den Europäern dabei helfen, mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit zu übernehmen und dabei wirksamer zu handeln.“ Merkel erinnerte daran, dass eine Verteidigungsgemeinschaft in den 1950er Jahren als ein Pfeiler der europäischen Integration angesehen wurde, dass auf dem Politikfeld wegen des Widerstand Frankreichs dann aber nichts passiert sei. Später habe Großbritannien gebremst, doch nach dem Brexit-Votum sei „jetzt wieder der Zeitpunkt da, wo wir sagen können: Hier können wir weiter gehen“, so Merkel. Eine engere Zusammenarbeit auf diesem Gebiet sei für die EU ein „qualitativer Sprung“ mit Blick etwa auf Afrika, die Kooperation mit Drittstaaten und die Sicherung der eigenen Grenzen.

Zentraler Planungsstab beschlossen

Die EU-Staats- und Regierungschefs begrüßten die seit dem vergangenen Jahr gemachten Fortschritte bei der GSVP und die jüngste Diskussion der Außen- und Verteidigungsminister dazu. Diese haben die Einrichtung eines „Militärischen Planungs- und Durchführungsstabs“ (MPCC) in Brüssel beschlossen. Dessen Direktor, der Generaldirektor des EU-Militärstabs, soll Befehlshaber militärischer GSVP-Missionen – derzeit die militärischen Ausbildungsmissionen der EU in Somalia, Mali und der Zentralafrikanischen Republik – ohne Exekutivbefugnisse werden und die Missionsbefehlshaber vor Ort unterstützen und entlasten. Die Minister hatten

auch skizziert, wie die GSVP weiter entwickelt werden soll, auch wenn nur ein Teil der Mitgliedstaaten Vorhaben im Verteidigungsbereich vorantreibt.

Für diese so genannte ständige strukturierte Zusammenarbeit sei ein „Rahmen gezeichnet“ worden, sagte Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Sie nannte als mögliche Projekte aus deutscher Sicht ein „verlegbares einsatzfähiges europäisches Krankenhaus“, eine Logistik-Drehscheibe und auch die von der EU-Kommission vorgeschlagene Schaffung eines europäischen Verteidigungsfonds.

Der Fonds gehört zu einem Ende November vorgestellten Aktionsplan, in dem es darum geht, der EU mithilfe gemeinsamer Forschung zu Verteidigungstechnologien und der gemeinsamen Beschaffung von Rüstungsgütern zu einer strategischen Autonomie zu verhelfen. Etwa 80 Prozent der nötigen militärischen Ausrüstung werde rein national beschafft, so die Kommission. Dieser Mangel an Kooperation koste die Mitgliedstaaten jährlich schätzungsweise zwischen 25 und 100 Mrd. Euro.

Keine Konkurrenz zur Nato

Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten, zu einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehöre auch, „ausreichende zusätzliche Ressourcen“ zur Verfügung zu stellen. Für EU-Mitglieder, die auch der Nato angehören, hatten sie bereits im Dezember dabei auf das Bündnisziel

Ein Politikfeld, auf dem die EU-Staaten künftig eng zusammenarbeiten wollen, ist der Aufbau einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Alle der künftig 27 Mitgliedstaaten hätten „Ja“ dazu gesagt, erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel nach dem jüngsten EU-Gipfel. „Wir kommen auf dem Weg zu einer verstärkten Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich stetig voran und werden unsere Bemühungen verstärken“, sagte Federica Mogherini, EU-Außenbeauftragte und Vizepräsidentin der EU-Kommission, zu den Beratungen der Außen- und Verteidigungsminister, die dem EU-Gipfel vorausgegangen waren.

zu Verteidigungsausgaben verwiesen. Es liegt bei zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Für die Mitgliedstaaten ist ganz wichtig, dass die GSVP nicht in Konkurrenz zur Nato steht, sondern als Ergänzung dient. EU und Nato haben bereits Ideen entwickelt, wie sie zusammenarbeiten können, und der Ministerrat stellte fest, es habe schon Fortschritte bei der Umsetzung gegeben. Auch mit den Vereinten Nationen, der OSZE und anderen strategischen Partnern will die EU eng kooperieren. (frh) >

■ Gemeinsame Verteidigungspolitik

Verteidigungsfonds

Ein EU-Verteidigungsfonds könnte nach Vorstellungen der Kommission aus zwei Säulen bestehen: Rund 5 Mrd. Euro jährlich sollen für die gemeinsame und damit preiswertere Beschaffung von Rüstungsgütern und Technologie mobilisiert werden. Einzahlungen in den Fonds könnten von der Berechnung der nationalen Haushaltsdefizite ausgenommen werden. Zur Finanzierung der Forschungszusammenarbeit etwa bei Verschlüsselungssoftware oder Robotertechnik sollen auch Mittel aus dem EU-Haushalt verwendet werden. Der Fonds soll nach den Plänen der Kommission bis 2020 rund 90 Mio. Euro dafür bereithalten. Ein spezielles Verteidigungsforschungsprogramm mit Mitteln von rund 500 Mio. Euro will die Kommission für den mehrjährigen Finanzrahmen nach 2020 vorschlagen.

STRATEGIE FÜR SYRIEN VORGESCHLAGEN

EU könnte Rolle als vertrauenswürdiger Vermittler spielen

Der nun rund sechs Jahre dauernde furchtbare kriegsartige Konflikt in Syrien ist nach Ansicht der EU-Kommission mit militärischen Mitteln nicht zu lösen. Das unterstreicht die Kommission in ihrer jetzt vorgeschlagenen Strategie für Syrien, die Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der EU im September angekündigt hatte. Die EU unterstütze mit allen Kräften den von den Vereinten Nationen geleiteten Prozess, im Dialog aller Konfliktparteien die Kämpfe zu beenden und in Zusammenarbeit mit möglichst vielen syrischen Gruppen dem Land eine Perspektive für eine friedliche Zukunft zu geben, sagte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini.



Die EU möchte den Syrern bei der Beendigung der Kämpfe und danach beim Wiederaufbau ihres Landes helfen.

> Die Kommissionsvizepräsidentin sieht die EU in einer hervorragenden Position, dabei eine helfende und vermittelnde Rolle zu spielen. Unterschiedliche gesellschaftliche und politische Gruppen in Syrien und der gesamten Region vertrauten den Europäern, sagte sie. Ein Vorteil sei auch, dass die EU (mit 9,4 Mrd. Euro seit 2011) der größte Geber humanitärer Hilfe in dem Konflikt sei und auch auf dieser Schiene viel zu seiner Lösung beitragen könne. „Wir sind ein Akteur, der geholfen hat“, sagte Mogherini.

Syrer müssen selbst über Zukunft entscheiden

Der Konflikt sei komplex, und Lösungen müssten daher auf vielen Ebenen, auch durch die militärisch beteiligten Parteien, gesucht werden, sagte Mogherini. Noch seien die Kämpfe ja auch noch nicht vorbei, und jeden Tag stürben dabei Menschen. Eine dauerhafte Lösung könnten aber nur die Gespräche in Genf unter Leitung der UN bringen. „Nur die Syrer können wissen, wie sie ihr Land wieder aufbauen“, so Mogherini. „Wir können sie dabei unterstützen, aber sie müssen entscheiden.“ Syrien sei ein sehr vielfältiges und komplexes Land und eine friedliche Zukunft sei nur möglich, wenn möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen einbezogen würden.

In der Resolution 2254 des UN-Sicherheitsrates seien schon wichtige Elemente formuliert, über die sich alle Beteiligten für einen Neuanfang in Syrien verständigen müssten: Die Regierungsform, eine Verfassung und Wahlen. Dazu kämen

weitere Themen wie die Bekämpfung von Terrorismus. Ziel der EU ist laut Strategiepapier ein vereintes, demokratisches, pluralistisches und rechtsstaatliches Syrien, in dem individuelle Rechte respektiert werden und stabile Institutionen für ein funktionierendes öffentliches Leben sorgen. Vermieden werden müsse ein geteiltes Land oder eines, das unter der Militärkontrolle des derzeitigen Regimes stehe. Zur Erreichung der Ziele werden etwa folgende Wege vorgeschlagen:

- > Unterstützung einer Beendigung der Kämpfe und danach Hilfe beim Wiederaufbau.
- > Unterstützung der Opposition im Sinne der UN-Resolution.
- > Stärkung der Zivilgesellschaft in Syrien.
- > Einleitung eines Versöhnungsprozesses. Dazu sollen auch Kriegsverbrechen wie der Einsatz von Chemiewaffen aufgeklärt und verfolgt werden.

40 Jahre zurückgeworfen

Die sechs Jahre Kämpfe haben die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Syrien laut EU-Kommission um rund 40 Jahre zurückgeworfen. Die Lebenserwartung der Menschen sei um 20 Jahre gesunken. 13,5 Millionen Menschen, etwa drei Viertel der verbliebenen Bevölkerung, brauchen dringend humanitäre Hilfe. Dazu gehören zirka sechs Millionen, die Flüchtlinge im eigenen Land sind, und fünf Millionen, die sich in belagerten oder schwer zugänglichen Gebieten aufhalten.

Die EU könnte dabei auf ihr bisheriges Engagement aufbauen. So fördert sie bereits die Zivilgesellschaft in Syrien und Gruppen, die sich für die Verteidigung von Menschenrechten einsetzen. Die Nachbarländer, vor allem die Türkei, Jordanien und Libanon, unterstützt die EU bei der Betreuung von Flüchtlingen aus Syrien. Die Hilfe ermöglicht etwa Schulunterricht für 663.000 Flüchtlingskinder oder Sprachunterricht, Aus- und Fortbildung für 250.000 Erwachsene. Für 2016 und 2017 stehen 3 Mrd. Euro bereit, damit die Türkei Syrern bessere Zukunftsperspektiven bieten kann.

Mogherini will den Strategieentwurf am 3. April den EU-Außenministern präsentieren. Außerdem soll er bei der internationalen Konferenz „Unterstützung für die Zukunft Syriens und der Region“ in Brüssel am 5. April diskutiert werden. Die EU führt dort den Vorsitz gemeinsam mit der UN, Deutschland, Großbritannien, Norwegen, Kuwait und Katar.

Deutschland ist laut Außenministerium der drittgrößte Geber humanitärer Hilfe für Syrien und die Region und hat seit 2011 insgesamt über 2,5 Mrd. Euro zur Konfliktbewältigung bereitgestellt. Bei der aktiven Hilfe konzentriert sich Deutschland vor allem auf die Versorgung der Menschen mit Nahrung, Wasser, Unterkünften, hilft beim Zugang zu Gesundheitseinrichtungen, schützt besonders bedrohte Bevölkerungsgruppen und kümmert sich um Schulausbildung für Kinder. (frh) >

■ *Europas Syrien-Strategie*

Organisationen können mit der Auswahl der Teilnehmer beginnen



Die Verteilung von Hilfsgütern ist eine mögliche Aufgabe für die Mitglieder des neuen Europäischen Solidaritätskorps.

Seit Mitte Dezember der Startschuss für das Europäische Solidaritätskorps gegeben wurde, haben sich schon fast 24.000 junge Menschen dafür angemeldet. Sie sind bereit, zwei bis zwölf Monate lang freiwillig bei einer anerkannten Hilfsorganisation, einer lokalen oder nationalen Behörde oder einem Unternehmen für die Allgemeinheit zu arbeiten, dort ein Praktikum oder eine Ausbildung zu machen oder eine befristete, bezahlte Stelle anzutreten. „Das Europäische Solidaritätskorps hat einen fulminanten Start hingelegt und ich bin hoch erfreut über das große Interesse so vieler junger Menschen, die mit ihrer Zeit und ihrem Engagement anderen Menschen helfen wollen“, sagte der für Bildung, Jugend, Kultur und Sport zuständige EU-Kommissar Tibor Navracsics.

> Der nächste Schritt ist nun, dass die Organisationen, die Aufgaben für Solidarkorps-Mitglieder anbieten, mit der Auswahl für ihre Zwecke geeigneter junger Leute beginnen. Dazu schaltete die Kommission jetzt eine spezielle Datenbank frei (siehe Kasten). Die Organisationen wurden von der EU-Kommission überprüft und registriert. Ziel ist es, dass bereits in diesem Frühjahr die ersten Einsätze beginnen können und dass sich bis Ende 2020 etwa 100.000 Europäerinnen und Europäer zwischen 18 und 30 Jahren dem Europäischen Solidaritätskorps anschließen. Für die Teilnehmer ist es eine Chance, zu Beginn ihrer beruflichen Laufbahn wertvolle Erfahrungen zu sammeln und wichtige Kompetenzen zu erwerben, während sie gleichzeitig einen der Grundwerte der EU, die Solidarität, fördern und stärken.

Anmeldungen ab 17 Jahren möglich

Eingesetzt werden die Teilnehmer des Solidaritätskorps frühestens, wenn sie volljährig sind. Anmelden kann man sich aber schon ab dem Alter von 17 Jahren. In die Datenbank, aus der akkreditierte Organisationen Mitarbeiter auswählen, werden dann Angaben über persönliche Interessen, Erfahrungen und Kenntnisse eingestellt und darüber, wann die Teilnehmer Zeit haben. Die Organisationen nehmen dann Kontakt mit den jungen Menschen auf. Diese können Einsätze jederzeit auch ablehnen.

Vielfältige Einsatzmöglichkeiten

Von solchem solidarischen Engagement „brauchen die Welt und die Europäische Union mehr“, hatte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker anlässlich des Starts des von der Kommission initiierten Solidaritätskorps gesagt. Mitmachen können alle jungen Leute, die Staatsangehörige eines EU-Staates oder von Island, Liechtenstein, Norwegen, der Türkei oder der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sind oder sich rechtmäßig dort aufhalten. Sie müssen sich, genau wie die Organisationen, für die sie sich engagieren, zu Werten wie Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Vielfalt, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Solidarität und Gleichheit bekennen. Die Einsatzmöglichkeiten sind vielfältig. Denkbar sind etwa:

- > Hilfe beim Wiederaufbau von bei einem Erdbeben verwüsteten Schulen oder Gemeinschaftszentren.
- > Unterstützung kürzlich eingetreffener Asylbewerber oder -bewerberinnen.
- > Waldarbeiten, um die Ausbreitung von Waldbränden zu vermeiden.
- > Arbeit mit Menschen mit Behinderungen.

Nothilfe bei Katastrophen bleibt dagegen Spezialisten vorbehalten, die die notwendigen Kenntnisse haben und erfahren genug sind, um unter solch gefährlichen Bedingungen zu arbeiten. Praktikanten, Auszubildende oder Teilnehmer mit befristetem Arbeitsvertrag werden im Ein-

klang mit den vor Ort geltenden Gesetzen und Tarifregelungen bezahlt. Freiwillige bekommen keinen Lohn, doch ist die Übernahme der Kosten für An- und Abreise, Unterkunft, Verpflegung, Krankenversicherung vorgesehen und ein Taschengeld für alltägliche Ausgaben.

Meinung der Öffentlichkeit ist gefragt

Während die Vorbereitung der ersten Einsätze läuft, arbeitet die EU-Kommission einen Vorschlag für eine eigene Rechtsgrundlage für das Europäische Solidaritätskorps aus. Dazu befragt sie erneut junge Menschen, Lehrer, Jugendarbeiter, Organisationen, Arbeitgeber und die interessierte Öffentlichkeit, nachdem es bereits vor dem Startschuss eine Befragung gegeben hatte. Die neue Konsultation läuft noch bis zum 2. April und soll unter anderem klären, für welche Aufgaben das Solidaritätskorps vorrangig eingesetzt werden soll und welche Informationen und Unterstützung die Teilnehmer brauchen. Gefragt wird auch, wie sich das Gemeinschaftsgefühl im Solidaritätskorps stärken ließe.

Die für Arbeit, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität zuständige EU-Kommissarin Marianne Thyssen sagte, sie sei gespannt, was die vielen jungen Menschen zu sagen hätten, die sich bereits für das Korps angemeldet haben. (frh) >

Europäisches Solidaritätskorps

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 20.03.2017 19.00 Uhr	„Regionalismus und Separatismus in Europa“ Vortrag Veranstalter: Europe Direct Dortmund	Europe Direct Dortmund c/o Auslandsgesellschaft NRW e.V. Steinstraße 48 44147 Dortmund	www.europe-direct-dortmund.de/unsere-veranstaltungen/veranstaltungsankundigungen/
> 21.03.2017 18.00–20.00 Uhr	„Weiterhin zum Glück vereint?“ Podiumsdiskussion zu 60 Jahre Römische Verträge Veranstalter: die Konrad-Adenauer-Stiftung	Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung Tiergartenstraße 35 10785 Berlin	www.kas.de/wf/de/17.72067/
> 22.03.2017 19.00 Uhr	„60 Jahre Römische Verträge“ Festabend Veranstalter: Europäisches Parlament - Informationsbüro in München, Münchner Künstlerhaus-Stiftung, Europäische Bewegung Bayern	Münchner Künstlerhaus Lenbachplatz 8 80333 München	www.europarl.de/view/de/informationsbuero_muenchen.html
> 23.03.2017 19.00–21.00 Uhr	„60 Years Treaties of Rome – 60 Years European Integration. A New Generation Taking the Legacy - the New Europeans?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Schwarzkopf-Stiftung	Botschaft der Republik Italien Tiergartenstraße 22 10785 Berlin	http://schwarzkopf-stiftung.de/events/60-years-treaties-of-rome/
> 24.03.2017 19.00–21.00 Uhr	„Zweiter Europäischer Salon“ Kulturveranstaltung Veranstalter: Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund	Hessische Staatskanzlei Georg-August-Zinn-Straße 1 65183 Wiesbaden	https://staatskanzlei.hessen.de/presse/veranstaltung/zweiter-europaeischer-salon
> 25.03.2017 12.00–17.00 Uhr	„Die EU wird 60!“ Fest- und Informationsveranstaltung Veranstalter: Europäische Kommission, Vertretung in Deutschland	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://ec.europa.eu/germany/events/die-eu-wird-60_de
> 25.03.2017 12.00 Uhr	„March for Europe/Marsch für Berlin“ Kundgebung Veranstalter: Bundesverband Europa-Union Deutschland e.V. (EUD)	Treffpunkt Bebelplatz 10117 Berlin	www.europa-union-berlin.de/aktivitaeten/veranstaltungen/march-for-europe-berlin/
> 28.03.2017 19.00 Uhr	„Frankreich vor der Wahl“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Körper-Stiftung, Europe Direct Info-Point Europa Hamburg	KörperForum – Kehr wieder 12 Kehrwieder 12 20457 Hamburg	www.koerber-stiftung.de/veranstaltungsuebersicht/frankreich-vor-der-wahl-2015.html
> 30.03.2017 19.00–21.00 Uhr	„Europa und die EU. Eine kritische Bestandsaufnahme“ Vortrag und Diskussion Veranstalter: Europe Direct-Informationszentrum Würzburg	Burkardushaus Tagungszentrum am Dom Am Bruderhof 1 97070 Würzburg	www.wuerzburg.de/de/buerger/europe-direct-wuerzburg/veranstaltungen-2015/index.html
> 31.03.2017 19.30 Uhr	„Mitreden über Europa“ Bürgerforum Veranstalter: Europäisches Parlament – Informationsbüro in München, Stadt Karlsruhe	Rathaus am Marktplatz Karl-Friedrich-Straße 10 76133 Karlsruhe	www.europarl.de/view/de/informationsbuero_muenchen.html

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de

IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infocource GmbH & Co. KG • Gutleutstraße 89
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infocource.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook  und folgen Sie uns auf Twitter 

LITERATOUR D'EUROPE

Blick aus Malta auf die EU von heute

© Shutterstock

Migration, die Auseinandersetzung über Flucht, Außengrenzen und Identität: Das sind Themen, die derzeit viele Europäerinnen und Europäer umtreiben, die für Walid Nabhan aber darüber hinaus eine sehr persönliche Bedeutung haben. Der maltesische Autor, der am 22. März in der Regionalvertretung der EU-Kommission in Bonn im Rahmen der Lesereihe „Literatour d'Europe – Neue Texte aus Europa“ zu Gast ist, wurde

1966 im jordanischen Amman als Sohn palästinensischer Flüchtlinge geboren. Zu dieser familiären Prägung kamen später Erfahrungen als Student in Jugoslawien und als Immigrant in Malta. Migration mit allen ihren Facetten schlägt sich in Nabhans Leben und Werk deutlich nieder.

Zu schreiben begann er in maltesischer Sprache, nach einem vorangegangenen Studium der Mikrobiologie und Politik. In der Reihe Literatour d'Europe werden Autorinnen und Autoren aus dem Land der jeweiligen EU-Ratspräsidentschaft eingeladen, die dann über ihre Sicht auf Europa sprechen.

■ Literatour d'Europe

BEWERTUNG VON ERASMUS+

Kommission fragt nach Erfahrungen mit Austauschprogramm

Bis Ende des Jahres, etwa zur Halbzeit der laufenden EU-Finanzplanungsperiode 2014 bis 2020, will die EU-Kommission eine Bewertung des beliebten Austauschprogramms Erasmus+ vorlegen. „Wir bewerten, wie effektiv Erasmus+ seine Ziele erreicht und wie kosteneffizient es ist“, sagte Bildungskommissar Tibor Navracsics. Dabei will sich die Kommission auf verschiedene Quellen stützen, etwa Teilnehmerumfragen, Fallstudien, Interviews oder Analysen der sozialen Medien. Zudem hat sie eine öffentliche Konsultation eingeleitet.



© Ceibas / Shutterstock.com

Bis zum 31. Mai können junge Menschen, Studierende, Lehrer, Jugendarbeiter, Sportler, Arbeitgeber, Organisationen und andere Interessierte an der Befragung teilnehmen und über ihre Erfahrungen mit Erasmus+ berichten und Verbesserungsvorschläge machen. Die Ansichten der Akteure werden eine wichtige Rolle „in der Gestaltung der Zukunft der europäischen Erfolgsgeschichte über 2020 hinaus“ spielen, sagte Navracsics.

■ Meinungen zu Erasmus+

WETTBEWERB RHEINLAND-PFALZ

Die Erwartungen junger Menschen an die EU

Es sind turbulente Zeiten in der EU. Kontrovers wird etwa darüber diskutiert, wie die Folgen der Finanzkrise zu meistern sind, was der beste Umgang mit den Flüchtlingen ist und wie es nach einem Austritt Großbritanniens aus der EU weitergehen soll. Die Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und bei der EU möchte Schülerinnen und Schüler mit dem Wettbewerb „Europa macht den Unterschied?!“ anregen, sich mit diesen Themen zu beschäftigen und zu beschreiben, was aus ihrer Sicht Europa ausmacht und zusammenhält, was sie von der EU erwarten und wie diese aus der Krise herausfinden kann.

Welche Ausdrucksform sie wählen, bleibt den Teilnehmern überlassen. Vom Artikel in der Schülerzeitung über Film- und Audioclips bis zu Collagen und Werbespots ist vieles möglich. Mitmachen können Gruppen aus allen Schularten in Rheinland-Pfalz, aber auch freie Gruppen und Partnerschaftsvereine. Die ersten drei Preise sind mit 2.000, 1.000 und 500 Euro dotiert. Einsendeschluss ist der 31. März.

■ Europapreis 2017

INVASIVE TIER- UND PFLANZENARTEN

Bürger können Beobachtungen über eine App melden

© Shutterstock

Mit Hilfe einer neuen Smartphone-App wollen EU-Forscher Informationen über die Verbreitung von Tier- und Pflanzenarten sammeln, die in der EU ursprünglich nicht heimisch sind und die als Bedrohung für die einheimische Flora und Fauna angesehen werden. Entwickelt wurde die App „Invasive Alien Species Europe“ vom Gemeinsamen Forschungszentrum (Joint Research Centre - JRC) der EU-Kommission. Die App soll es Smartphone-Nutzern ermöglichen, 37 als invasiv eingestufte Tier- und Pflanzenarten aufgrund von Beschreibungen und Fotos zu erkennen. Wenn sie eine davon sehen, können sie ein Foto davon machen und mit der Satelliten-navigationsfunktion des Smartphones oder Tabletcomputers die exakte Position bestimmen, die dann per App übertragen werden kann. So sollen durch „Crowdsourcing“ Karten der Verbreitung entstehen.

„Das Schöne an dieser App ist, dass sie Nutzer zu Bürger-Wissenschaftlern macht, die dabei helfen, invasive Arten zu überwachen, die die Artenvielfalt in der EU bedrohen“, sagte der für Bildung zuständige Kommissar Tibor Navracsics. Gleichzeitig solle das Bewusstsein für die durch invasive Arten entstehenden Probleme geschärft werden. Die App ist kostenlos und kann für die Betriebssysteme Android und iOS heruntergeladen werden.

■ Invasive Arten in Europa